

Resolution des Landkreises Fürth und seiner Städte und Gemeinden gegen die Realisierung der Gleichstrompassage Süd-Ost

Die Proteste im Rahmen der Informationsveranstaltungen der Amprion GmbH zum Bau der Gleichstrompassage Süd-Ost haben deutlich gezeigt, dass innerhalb der Bevölkerung keinerlei Akzeptanz für ein derartiges Großprojekt gegeben ist. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass bei der sogenannten Energiewende überwiegend auf Großprojekte gesetzt wird.

Die Bundesbedarfsplanung wird von den Energieunternehmen erstellt. Die Bundesnetzagentur hat nur noch die Möglichkeit, Projekte zu bestätigen. Die Energieindustrie legt fest, wo Kraftwerke gebaut werden und in der Folge welches Leitungsnetz benötigt wird. Die Politik folgt mit dem Bundesbedarfsplangesetz diesen Vorgaben. Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen das über diverse Umlagen auf den Strompreis bezahlen.

Wir vermissen hier ein steuerndes Eingreifen der Politik und fordern deshalb von Seiten der Bundes- und Staatsregierung die gemeinschaftliche Erstellung eines transparenten, von der Stromindustrie unabhängigen, übergeordneten strategischen Konzeptes zur künftigen Energiegewinnung und -verteilung in Deutschland.

Wir haben ein bestehendes gut funktionierendes Stromleitungsnetz. Die Netzbetreiber, die Bundesnetzagentur und nicht zuletzt die Politik sind bis heute den Nachweis schuldig geblieben, dass dieses bestehende Netz - gegebenenfalls mit einigen Modifikationen - nicht auch in Zukunft ausreichend ist. Gerade das Ziel der Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien - deren Erzeugung in Bayern überwiegend dezentral erfolgt - erfordert eine regionale Betrachtung sowohl der Energieerzeugung als auch des Energieverbrauchs.

Es genügt nicht, globale Betrachtungen dergestalt anzustellen, dass zukünftig viel erneuerbare Energie im Norden und Osten Deutschlands erzeugt wird und nach Süden und Westen transportiert werden muss. Eine Energiewende muss letztlich vom Bürger mitgetragen werden. Ein Bündel von Großprojekten, dessen Notwendigkeit von den Verantwortlichen nicht überzeugend vermittelt werden kann, ist dazu nicht geeignet.



Landkreis Fürth



Ammerndorf



Cadolzburg



Großhabersdorf



Langenzenn



Oberasbach



Obermichelbach



Puschendorf



Roßtal



Seukendorf



Stein



Tuchenbach



Veitsbronn



Wilhelmsdorf



Zirndorf

Energiewende bedeutet mehr als den Bau von Offshore-Windparks und Stromleitungen. Sie bedeutet vor allem einen kritischen Umgang mit dem Thema Energie. Dazu sind aber verständliche und schlüssige Konzepte erforderlich.

Gerade im nordbayerischen Raum wurden in der Vergangenheit große Anstrengungen zum Ausbau der erneuerbaren Energien unternommen. Viele unserer Bürger sind nicht glücklich, dass in ihrem Umfeld Windkraftgebiete ausgewiesen und Windräder gebaut worden sind. Die kommunalen politischen Mandatsträger haben sich trotzdem entschlossen, diesem Weg zu folgen. Sie sind jedoch nicht bereit, den Bürgern darüber hinaus auch noch eine Stromtrasse zuzumuten, deren Bedarf in keiner Weise nachgewiesen wurde.

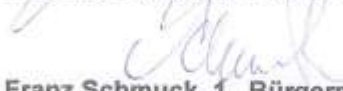
Wir verlangen deshalb im Rahmen der o.g. Konzepte von Bundes- und Staatsregierung eine objektive und ergebnisoffene Betrachtung der Zukunftsfähigkeit vorhandener Stromnetze, deren Erkenntnisse dann in die noch zu erstellenden strategischen Konzepte zur künftigen Energiegewinnung und -verteilung einfließen.

Einer der von der Amprion GmbH untersuchten Trassenabschnitte führt westlich der Städteachse Nürnberg - Fürth - Erlangen durch den Landkreis Fürth. Der Landkreis Fürth ist der kleinste Landkreis in Bayern, aber gleichzeitig der am dichtesten besiedelte. Dies zeigt sich schon daran, dass vom festgesetzten Korridor immer wieder bebaute Bereiche überdeckt werden. Die nicht besiedelten, der Naherholung dienenden Landschaftsteile werden weiter beeinträchtigt. Im Regionalplan der Industrieregion Mittelfranken enthaltene Windkraftgebiete werden vom Trassenkorridor überdeckt und damit die Möglichkeiten für örtliche regenerative Energien beschnitten. Dies ist den betroffenen Bürgern nicht zuzumuten.

Der Landrat sowie die Bürgermeisterin und die Bürgermeister des Landkreises Fürth fordern deshalb bis zur Erstellung eines schlüssigen Gesamtkonzepts zur Energieerzeugung und zum Energietransport - unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten - sowie einen darin enthaltenen Nachweis zu deren objektiver Notwendigkeit, die sofortige Aufgabe aller weiteren Planungen hinsichtlich einer Realisierung der Gleichstrompassage Süd-Ost und damit auch die Einstellung entsprechend alternativer Planungen über das Gebiet des Landkreises Fürth.

Zirndorf, 11. Februar 2014


Matthias Dießl, Landrat des Landkreises Fürth


Franz Schmuck, 1. Bürgermeister Markt Ammerndorf


Bernd Obst, 1. Bürgermeister Markt Cadolzburg


Friedrich Biegel, 1. Bürgermeister Gemeinde Großhabersdorf


Jürgen Habel, 1. Bürgermeister Stadt Langenzenn


Birgit Huber, 1. Bürgermeisterin Stadt Oberasbach


Herbert Jäger, 1. Bürgermeister Gemeinde Obermichelbach


Wolfgang Kistner, 1. Bürgermeister Gemeinde Puschendorf


Johann Völkl, 1. Bürgermeister Markt Roßtal


Werner Tiefel, 1. Bürgermeister Gemeinde Seukendorf


Kurt Krömer, 1. Bürgermeister Stadt Stein


Leonhard Eder, 1. Bürgermeister Gemeinde Tuchenbach


Peter Lerch, 1. Bürgermeister Gemeinde Veitsbronn


Fritz Ruf, Bürgermeister Markt Wilhermsdorf


Thomas Zwingel, 1. Bürgermeister Stadt Zirndorf